

6. Kommunalen Handlungsrahmen

Aus den Gesprächen können drei verschiedene Erwartungshaltungen (siehe Kap. 4) und daran anschließend fünf wahrgenommene Erwartungserfüllungen (siehe Kap. 5) der Bürgermeister:innen rekonstruiert werden. In diesem Kapitel wird untersucht, ob und inwiefern die Erfüllung oder Nichterfüllung der Erwartungen durch den kommunalen Handlungsrahmen beeinflusst wird. Basierend auf dem Erkenntnisinteresse, dem politikwissenschaftlichen Kenntnisstand und den konzeptionellen Vorüberlegungen wurden bei der Auswahl der Gesprächspartner:innen, dem Theoretical Sampling im Sinne der GTM, einige Faktoren berücksichtigt (siehe Kap. 3.2, Abb. 7 und Abb. 8). So wurde der Fokus gezielt auf kleine Kommunen (bis 5.000 EW) in den strukturschwachen Bundestagswahlkreisen Hof (Bayern, Nr. 239) und Vogtlandkreis (Sachsen, Nr. 166) gelegt. Bei den Bürgermeister:innen wurden neben der Zugehörigkeit zu den Bundesländern Sachsen und Bayern die individuellen Faktoren „Parteizugehörigkeit“, „Tätigkeit“, „Amtsperiode“ und „Geschlecht“ beachtet.

Im Folgenden wird herausgearbeitet, ob und wie die Protagonist:innen diese Rahmenbedingungen qualitativ wahrnehmen – und ob ein Zusammenhang mit den Erwartungserfüllungen besteht. Der Fokus liegt dabei darauf, welche Rahmenbedingungen die Bürgermeister:innen selbst hervorheben und in den Gesprächen spontan ansprechen. Aus den Transkripten geht übereinstimmend hervor, dass die Bürgermeister:innen die jeweilige Region als strukturschwach ansehen (6.1). Zudem wird durch ständiges Vergleichen deutlich, dass die sächsischen Bürgermeister:innen die Rahmenbedingungen als herausfordernder wahrnehmen, als die bayerischen das tun (6.2).

6.1 Kommune in strukturschwacher Region

Da gezielt kleine Kommunen in strukturschwachen Regionen untersucht wurden, befinden sich alle Protagonist:innen in einem vergleichbaren Umfeld mit strukturell ähnlichen Rahmenbedingungen. Es wurde bereits aufgezeigt, dass die Gesprächspartner:innen die eigene Kommune übereinstimmend als „klein“ wahrnehmen (siehe Kap. 4.4.1). Darüber hinaus wird

die Strukturschwäche von allen Bürgermeister:innen im sächsisch-bayerischen Grenzgebiet als hohe Belastung wahrgenommen:

7: [...] am Anfang ist das eine Überlebensfrage gewesen, in den neunziger Jahren hatten wir nach der Grenzöffnung einen kurzen Boom und dann begann die Krise, bei uns in der Region ähm mit dem Zusammenbruch der INDUSTRIE, also wir haben wahnsinnige ähm ja Krisen durchgemacht, [...] wir haben auch mindestens 20 Prozent unserer Bevölkerung verloren [...] (BM7, Pos. 12)

BM7 beschreibt eindrücklich, dass die regionale Strukturschwäche die Kommune vor gravierende Herausforderungen stellt. Da die gesamte Region seit den 1990er Jahren tiefgreifende ökonomische und demografische Krisen erlebt hat, besteht eine problematische Situation von existenzieller Tragweite („Überlebensfrage“). Die Kombination aus dem Zusammenbruch ganzer Industriezweige und einem allgemeinen Bevölkerungsrückgang, bei dem die Region über 20 Prozent der Bevölkerung verloren hat, wird als sehr grundlegend aufgefasst. Die Schilderung in der Vergangenheitsform („haben [...] durchgemacht“) deutet an, dass die Strukturkrise nach Wahrnehmung von BM7 in Teilen überwunden ist oder zumindest die größten Probleme der 1990er Jahre behoben werden konnten. Dennoch geht aus den Einschätzungen der Bürgermeister:innen übereinstimmend hervor, dass die sächsisch-bayerische Grenzregion nach wie vor von Strukturschwäche betroffen ist:

17: [...] mit dem Niedergang der INDUSTRIE haben wir da ein riesen Loch, weil von heute auf morgen / und wir sind heute da noch nicht ganz durch, mit der Grenzöffnung hatte man was anderes erwartet, [...] das war nicht so, ne, wir kämpfen immer noch [...] (BM17, Pos. 64)

BM17 beschreibt die strukturellen und wirtschaftlichen Bedingungen im Gebiet der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze als schlecht, die Kommunen der Region „kämpfen immer noch“. Die Öffnung der Grenze 1989 und das Ende der DDR im darauffolgenden Jahr wird mit einem „kurzen Boom“ in Verbindung gebracht, der die Situation der Kommunen nicht nachhaltig verbessert hat. Aus der Perspektive der Bürgermeister:innen konnten die Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung, die sowohl in Sachsen als auch in Bayern mit der Öffnung der innerdeutschen Grenze verbunden waren, nicht erfüllt werden („das war nicht so“). Anstelle von struktureller Konsolidierung hat der plötzliche Wegfall von ganzen Industriezweigen weitere Probleme verursacht („riesen Loch“). Statt

einen wirtschaftlichen Aufschwung zu erfahren, sind die Kommunen der Region nach wie vor von Arbeitsplatzverlusten, Bevölkerungsrückgang und finanziellen Engpässen betroffen. Nach Wahrnehmung aller Bürgermeister:innen hat die wirtschaftliche Strukturschwäche in der Region direkten Einfluss auf die kommunalen Haushalte, da nur begrenzte finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Ohne leistungsstarke Unternehmen oder Betriebe fehlen den kleinen Kommunen vor allem Gewerbesteuerereinnahmen:

1: [...] wir sind natürlich chronisch unterfinanziert, ne also da gibts (lacht) sag ich mal, sehr viele ähm Gemeinden die natürlich immer zu wenig Geld haben, ne also wir / wir hangeln uns da eigentlich von Jahr zu Jahr [...] wir wissen nicht wie entwickelt sich die Gewerbesteuer [...] (BM1, Pos. 6)

Nach Ansicht von BM1 ist die finanzielle Situation der Kommune prekär, was als dauerhaftes Problem geschildert wird („chronisch“; „immer zu wenig Geld“). In der Kommune ist die Aufstellung des Haushalts stets von großen Unsicherheiten und Ungewissheiten begleitet, besonders die Einnahmen durch die Gewerbesteuer sind kaum planbar. Aus dem Gespräch geht hervor, dass alle Kommunen – und damit auch die Bürgermeister:innen – der Region von schlechten und unsicheren finanziellen Rahmenbedingungen betroffen sind. Vor allem Investitionen können nach Wahrnehmung der Bürgermeister:innen nur durch eine Kreditaufnahme („Millionen neue Schulden“; BM12, Pos. 34) oder Fördermittel getätigt werden:

15: ja, also wir können keine größeren Investitionen leisten ohne Fördermittel, das ist hier einfach die Situation, [...] also alles was wir machen muss über Förderprogramme irgendwo finanziert werden, und ähm da sind dann fast schon 80 Prozent zu wenig, also der Eigenanteil ist dann auch schon immer eine riesen Herausforderung, den zu schultern (...) (BM15, Pos. 24)

BM15 schildert sehr offen, dass die Kommune ohne Fördermittel schlichtweg „keine größeren Investitionen“ finanzieren oder freiwillige Leistungen anbieten kann. In den Gesprächen wird übereinstimmend deutlich, dass die Kommunen von zusätzlichen Fördergeldern abhängig sind („ohne

Fördermittel ginge es nicht“; BM5, Pos. 102).⁴³⁷ Nach Wahrnehmung der Bürgermeister:innen stellt der zu leistende Eigenanteil häufig ein Problem dar: Denn die geringen eigenen Finanzmittel machen es den kleinen Kommunen schwer, selbst bei einer hohen Förderquote von 80 Prozent der Projektkosten den Eigenanteil zu stemmen.

6.2 Bundeslandspezifische Merkmale

Insgesamt wird übereinstimmend deutlich, dass die Bürgermeister:innen die Strukturschwäche im sächsisch-bayerischen Grenzgebiet als Belastung empfinden. In der Region sind die eigenen finanziellen Mittel gering und es besteht eine hohe Abhängigkeit von zusätzlicher Förderung. Allerdings zeigen die Gespräche, dass die strukturellen Herausforderungen von sächsischen und bayerischen Bürgermeister:innen etwas unterschiedlich bewertet werden. Bezogen auf den wahrgenommenen Handlungsrahmen werden qualitative Unterschiede zwischen Sachsen und Bayern deutlich, die sächsischen Bürgermeister:innen sehen die Probleme als größer und schwerwiegender an als die bayerischen. Dies betrifft die Wahrnehmung landesspezifischer Fördermittel (6.2.1), Altlasten aus der DDR und der Transformationszeit (6.2.2), das Vereinsleben und das ehrenamtliche Engagement (6.2.3) sowie die Bedeutung von parteipolitischen Netzwerken (6.2.4).⁴³⁸

6.2.1 Bewertung landesspezifischer Fördermittel

Die Gespräche zeigen, dass die Bürgermeister:innen die landesspezifischen Förderprogramme und deren Vergabepaxis in Abhängigkeit vom jeweiligen Bundesland unterschiedlich bewerten. Auffällig ist, dass alle bayerischen Bürgermeister:innen das vom Freistaat Bayern aufgelegte Programm „Förderoffensive Nordostbayern“⁴³⁹ lobend hervorheben:

437 In anderen Gesprächen heißt es z. B.: „wir brauchen also dringend Fördermittel“ (BM12, Pos. 48), „ohne Förderung ist ja dann fast gar nichts möglich“ (BM18, Pos. 44).

438 Aus Gründen der vollständigen Anonymisierung, die auch die Zugehörigkeit zum jeweiligen Bundesland betrifft, werden die folgenden Passagen ohne Nennung der konkreten Bürgermeister:innen wiedergegeben.

439 Die „Förderoffensive Nordostbayern“ gilt für die kreisfreie Stadt Hof und die Kommunen der Landkreise Hof, Wunsiedel i. F., Kulmbach, Kronach und Tirschenreuth. Alle bayerischen Gesprächspartner:innen sprechen das Programm an, das teilweise

BM: [...] ein großer Gasthof, den bauen wir gerade um, dort haben wir Förderoffensive Nordostbayern, das Geld bekommen, da sind wir von der Förderquote, also förderfähige Kosten von 90 Prozent, [...] da können wir dieses leer stehende Gebäude, ein riesen Teil, können wir / unten sind öffentliche Räumlichkeiten, Bücherei, Ausstellungsräume, öffentliche Toiletten, und oben drüber bauen wir fünf moderne Wohnungen rein [...]

Am Beispiel eines alten, leerstehenden Gasthofs im Ortskern einer bayerischen Kommune wird geschildert, wie dieser mithilfe der „Förderoffensive Nordostbayern“ saniert, umgebaut und für die Öffentlichkeit nutzbar gemacht wird. Der große Gasthof stand offenbar viele Jahre leer, durch das Förderprogramm wurde es der Kommune möglich, das Gebäude zu erwerben und zu sanieren. Betont wird die hohe Förderquote des Programms, die den Großteil der Kosten abdeckt, der Eigenanteil der Kommunen liegt bei nur noch zehn Prozent. Durch die Maßnahme verbessert der sanierte Gasthof das Erscheinungsbild der Kommune und wird durch „öffentliche Räumlichkeiten“ wie die Bücherei für die Bürger:innen nutzbar, zudem entstehen moderne Wohnungen in dem Gebäude.

Im Verlauf der Gespräche mit den bayerischen Bürgermeister:innen fällt auf, dass alle Protagonist:innen von sich aus auf die „Förderoffensive Nordostbayern“ zu sprechen kommen und dieses landesspezifische Förderprogramm explizit erwähnen. Begrüßt werden vor allem die hohe Förderquote von 90 Prozent sowie die unkomplizierte Antragstellung und -abwicklung. Nach Wahrnehmung der bayerischen Bürgermeister:innen führt das regionalspezifische Förderprogramm des Landes Bayern maßgeblich dazu, dass leerstehende Gebäude in den Kommunen erworben, saniert und umgebaut werden können. In Kontrast dazu fällt auf, dass die sächsischen Bürgermeister:innen landesspezifische Fördermöglichkeiten durch den Freistaat Sachsen mit deutlicher Zurückhaltung und Skepsis bewerten:

BM: [...] wir haben in Sachsen momentan die Situation, dass / dass es bis Ende 22 keine Fördermittel mehr für Straßenbau gibt, das schränkt

anders bezeichnet wird: „die Förderoffensive Nordostbayern“; „wir haben hier die glückliche Situation, dass (...) vor einigen Jahren die Förderinitiative Nordostbayern aufgelegt wurde“; „haben das also über Fördermittel, Ostbayern-Förderung umgebaut und saniert“; „die Nord-Ost-Bayern-Initiative“; „Nord-Ost-Offensive, da gibts ja schöne Sachen“; „läuft über das FONO Programm, Förderoffensive Nordostbayern“; „das war unser ehemaliges Rathaus, das ist über die Förderoffensive Nordostbayern gelaufen, also sprich dieses Förderprogramm 90 Prozent Förderung wieder auf die förderfähigen Kosten“.

uns natürlich schon ein, ähm neu ist jetzt, dass die Abwasserrichtlinie verändert worden ist, dass also auch für Kanalbau keine Förderung mehr gibt [...]

In den Gesprächen mit sächsischen Bürgermeister:innen wird im Dezember 2020 und Frühsommer 2021 negativ aufgefasst, dass landesspezifische Fördermöglichkeiten gekürzt und gestrichen wurden. Die Änderung einer Abwasserrichtlinie hat zur Folge, dass für den kommunalen Kanal- und Straßenbau durch das Land Sachsen vorerst „keine Fördermittel mehr“ ausbezahlt werden. Die fehlenden, landesspezifischen Fördermöglichkeiten machen sich nach Einschätzung der Bürgermeister:innen in der Kommune direkt und unmittelbar bemerkbar, die Handlungsfähigkeit wird stark eingeschränkt („schränkt uns natürlich schon ein“). Durch die fehlenden Förderprogramme und -möglichkeiten müssen Projekte zunehmend mit kommunalen Eigenmitteln finanziert werden, was aufgrund der strukturellen Rahmenbedingungen der finanzschwachen Kommunen nicht möglich ist:

BM: [...] dieses Förderprogramm KStB haben wir / 2019 haben wir noch gebaut, [...] wurde erstmal auf Eis gelegt, und jetzt haben wir halt die Information gekriegt, dass dieses Programm nicht mehr mit 90 Prozent unterstützt wird, sondern nur noch mit 60, ist angedacht, und damit können wir es nicht mehr (...)

Nach Ansicht sächsischer Bürgermeister:innen ist es mit dem Wegfall von Fördergeldern aus dem landesspezifischen Förderprogramm KStB⁴⁴⁰ zur Förderung des kommunalen Straßen- und Brückenbaus nicht mehr möglich, infrastrukturelle Bau- und Sanierungsprojekte zu finanzieren („damit können wir es nicht mehr“). In der Vergangenheit wurde mit diesen Geldern gearbeitet, nun wurde die Fördermöglichkeit durch das Land ausgesetzt. Nach Einschätzung führt die geplante Reduzierung der Förderquote von 90 auf 60 Prozent der Baukosten dazu, dass die kommunalen Straßen und Brücken nicht mehr angemessen gewartet und saniert werden können. Unterstrichen wird, dass 60 Prozent Förderquote für die finanzschwache Kommune nicht ausreichend sind, um die nötigen Baumaßnahmen zu finanzieren. Die Gespräche mit den sächsischen Bürgermeister:innen zeigen übergreifend, dass der Wegfall von landesspezifischen Fördermöglichkeiten im Bereich Straßenbau sehr negativ aufgefasst wird. Zudem herrscht

440 Sächsische Landesverordnung zur Förderung von Straßen- und Brückenbauvorhaben kommunaler Baulasträger (FRL KStB).

Unklarheit, wie sich die kürzlich veränderte Förderrichtlinie auf bereits bewilligte Projekte auswirkt:

BM: [...] wo ich jetzt schon fünf Jahre an der Planung bin mit dem Kreis, ähm um eine Ortsdurchfahrt zu bauen, [...] Antrag ist gestellt, läuft, gibt Förderung (...) und jetzt pfeift der mir die Förderung weg (räuspern) [...] jetzt hängt das Projekt in der Luft [...]

In einer sächsischen Kommune wird am Beispiel einer langfristig („fünf Jahre“) geplanten Sanierung der Ortsdurchfahrt die Befürchtung deutlich, dass sich die veränderte Richtlinie auch rückwirkend auf bereits bewilligte Fördergelder auswirken könnte. Die Beschreibungen der veränderten Straßenbauförderung offenbaren neben den finanziellen Einschränkungen vor allem ein grundlegendes Informationsdefizit: Die Gespräche mit den sächsischen Bürgermeister:innen im Dezember 2020 und im Frühsommer 2021 zeigen Unklarheit, wie sich die Fördermöglichkeiten verändert haben, verändern werden und welche konkreten Auswirkungen dies hat. Offenbar liegen keine einheitlichen Informationen darüber vor, ob die Fördermöglichkeiten für den Straßen- und Kanalbau eingestellt sind („keine Förderung mehr“), vorläufig ausgesetzt werden („auf Eis gelegt“) oder ob lediglich eine Reduzierung der Förderquote auf 60 Prozent „angedacht“ ist. Zudem herrscht Verunsicherung, ob auch die Auszahlung bereits bewilligter Fördergelder gestoppt wird. Von den Institutionen auf Landesebene wurden offenbar keine übersichtlichen, verlässlichen und hilfreichen Informationen über beschlossene und mögliche Änderungen der veränderten Förderrichtlinie bereitgestellt. Zudem kann angenommen werden, dass besonders den kleinen Kommunalverwaltungen die personellen und fachlichen Ressourcen fehlen, sich intensiv mit den Details der geplanten und beschlossenen Änderungen auseinanderzusetzen.

Die Gespräche zeigen, dass die Landesregierungen durch ihre Förderpolitik unmittelbar den strukturellen Handlungsrahmen der Kommunen beeinflussen können. Es wirkt sich direkt auf die Wahrnehmung der Bürgermeister:innen aus, wenn durch das Land spezifische Förderprogramme ins Leben gerufen oder bestehende Fördermöglichkeiten kürzt bzw. verändert werden. Während der landesspezifische Handlungsrahmen von bayerischen Bürgermeister:innen als sehr gut bewertet wird, ist in den Gesprächen mit sächsischen Bürgermeister:innen das Gegenteil beobachtbar. In Sachsen werden gekürzte oder sogar gestrichene Förderungen im Bereich Straßen- und Brückenbau beklagt, die von mangelhafter Information durch die Förderbehörden auf Landesebene begleitet werden.

6.2.2 Wirkung der DDR-„Altlasten“

Nach Wahrnehmung der sächsischen Bürgermeister:innen fehlen landes-spezifische Programme mit hoher Förderquote, mit denen beispielsweise leerstehende Immobilien unkompliziert erworben und saniert werden könnten. Dabei besteht in Sachsen ein besonderer Bedarf, denn viele der untersuchten Kommunen weisen „Altlasten“ aus der DDR und der anschließenden Transformation auf:

BM: [...] das ist eine ehemalige FABRIK, die ging dann nach der Wende wieder an die alten Eigentümer an / in alten Bundesländern zurück, und die kümmern sich nicht so richtig drum, das wird / bricht alles zusammen [...] (...) ja phh wir haben genug Altlasten [...]

Die Gespräche zeigen, dass sich die ehemalige DDR in den sächsischen Kommunen auch mehr als 30 Jahre nach ihrem Ende durch infrastrukturelle Problemfälle bemerkbar macht. Sächsische Bürgermeister:innen erzählen von leerstehenden Grundstücken oder verfallenen Liegenschaften, welche die bisherige Transformation seit 1990 überdauert haben. Exemplarisch wird beschrieben, wie die Ruine einer ehemaligen Fabrik die Kommune vor Herausforderungen stellt. Das Fabrikgelände wurde nach der Wende in den Besitz der „alten Eigentümer“ in den „alten Bundesländern“ zurück übertragen. Laut Bürgermeister:in kümmern sich diese jedoch nicht um das Areal, sodass es in einem sehr schlechten Zustand ist. Gleichzeitig besteht für die Kommune keine Möglichkeit, dem Verfall entgegenzuwirken, da sich das Gelände in Privatbesitz befindet:

BM: [...] wir sind als Gemeinde kein Eigentümer, [...] das ist schon die erste Hürde, und dann geht das weiter, Eigentümer ist insolvent, und dann gab es einen Insolvenzverwalter, und der hat sich mittlerweile zurück gezogen, da ist keine Masse mehr da [...]

Eine besondere Herausforderung wird in den unklaren und undurchsichtigen Besitzverhältnissen und Zuständigkeiten durch die Transformation ab 1990 gesehen. Nach der Übertragung an die Alteigentümer sind diese mittlerweile insolvent, auch der zuständige Insolvenzverwalter hat sich zurückgezogen. Zudem kann durch den schlechten Zustand des verfallenen Fabrikareals kein neuer Investor gefunden werden. Die kleine Kommune hat offenbar nicht die finanziellen Möglichkeiten, das Gelände zu erwerben und einer öffentlichen Nutzung zuzuführen. Das verwahrloste Fabrikgelän-

de kann als Schrott- bzw. Problemimmobilie⁴⁴¹ aufgefasst werden: Diese stellen grundsätzlich ein Problem für Kommunen dar, sind jedoch in den strukturschwachen ostdeutschen Bundesländern besonders häufig vorzufinden. Neben sogenannten Schrott- oder Problemimmobilien verfügen sächsische Kommunen häufig über einen gewissen Wohnungsbestand aus DDR-Zeiten, der von den kleinen Verwaltungen betreut werden muss:

BM: [...] ja was wir ähm auch noch haben, ein Wohnungsbestand (...) den wir / wir mit ähm verwalten (...) der Gemeinde gehören noch 42 Wohnungen, im Gemeindegebiet [...] das ist ähm das rührt noch vom / von ähm DDR-Zeiten [...] da warn / war die Gemeinde immer Vermieter von Wohnungen, und ja, und das hat sich so weiter (...) alles übernommen ne, dass es so geblieben ist

Die betreffende kleine sächsische Gemeinde verfügt demnach über einen Bestand von über 40 Wohnungen. Die verhältnismäßig hohe Anzahl an eigenen Wohnungen stammt noch aus „DDR-Zeiten“: Da die Kommune bis 1990 immer Wohnungen vermietet hat, wurde dies nach dem Ende der DDR übernommen und fortgeführt. Für die kleine Kommunalverwaltung bedeutet dies, dass ein relativ großer Wohnungsbestand betreut und verwaltet werden muss. Neben dem Verwaltungsaufwand kann von einem hohen Sanierungs- und Instandhaltungsbedarf ausgegangen werden, da es sich bei den Wohnungen meist um Wohnblocks handelt, die in den 1960er und 70er Jahren errichtet wurden.⁴⁴²

In den Gesprächen nehmen die sächsischen Bürgermeister:innen strukturelle Besonderheiten wahr, die aus der DDR-Zeit stammen, die Transformation überdauert haben und aktuell den Handlungsspielraum in der Kommune prägen. Besonders im Kontrast zu den bayerischen Kommunen wird deutlich, dass die DDR-Vergangenheit als historische Rahmenbedingung einen Sonderfall darstellt: Ungeklärte Eigentumsfragen durch Rückübertragungen, desinteressierte Alteigentümer aus westdeutschen Bundesländern und sanierungsbedürftige Wohnblocks aus DDR-Zeiten sind in bayerischen Kommunen schlicht nicht vorhanden.

441 Zur Definition „Problemimmobilie“ siehe BBSR (2020, S. 20f.). Das Problem der Schrott- und Problemimmobilien ist in ost- und westdeutschen Bundesländern zu finden, tritt jedoch unter den „besonderen strukturellen Rahmenbedingungen in den ostdeutschen Ländern“ (ebd., S. 102) häufiger auf.

442 Vgl. Küpper (2016), S. 26. Wohnblocks sind auch in kleinen sächsischen Kommunen strukturell prägend, denn in den ostdeutschen Bundesländern „wurden in der DDR-Zeit industriell errichtete Geschosswohnungen bis in kleine Dörfer gebaut“ (ebd., S. 26).

6.2.3 Bedeutung von Vereinen und Ehrenamt

Qualitative Unterschiede zwischen sächsischen und bayerischen Kommunen werden außerdem mit Blick auf das Vereinsleben vor Ort deutlich. Es fällt auf, dass das Vereinsleben, das ehrenamtliche Engagement und der Zusammenhalt in der kommunalen Gemeinschaft von den bayerischen Bürgermeister:innen sehr stark hervorgehoben werden:

BM: [...] das ist ja das Schöne, wir haben 40 Vereine hier in unserem / in unserem Ort, und das Ehrenamt steht an / an ganz hoher Stelle, also ich / und das ist das Phantastische [...]

BM: [...] wir haben ein sehr starkes Vereinsleben in KOMMUNE, mit über 30 Vereinen, ähm mit knapp 30 Vereinen, und vielen Veranstaltungen die stattfinden [...]

Die Bürgermeister:innen bayerischer Kommunen berichten spontan und sichtbar zufrieden vom vielfältigen und lebhaften Vereinsleben ihrer Kommunen („das Schöne“; „das Phantastische“). Betont wird, dass in den kleinen Kommunen über 30 oder sogar 40 Vereine aktiv tätig sind. Bayerische Kommunen verfügen nach Wahrnehmung ihrer Bürgermeister:innen über ein „sehr starkes“ Vereinsleben. Erkennbar stolz wird davon berichtet, dass ehrenamtliches Engagement „an ganz hoher Stelle“ steht. Eine wichtige Aufgabe der Vereine wird darin gesehen, verschiedene Veranstaltungen wie örtliche Feste ehrenamtlich zu organisieren, auszuführen und zu unterstützen:

BM: [...] bei uns ist zum Beispiel das Volks- und Wiesenfest, ist ein ganz wichtiger Punkt im Ablauf des Jahres, da trifft sich die ganze Stadt und kommen auch viele Gäste von auswärts, also mit / mit Bierzelt und Fahrgeschäften und / und Biergarten und so weiter [...]

Ortsfeste stellen einen wichtigen Bestandteil des sozialen Lebens in bayerischen Kommunen dar, etwa wird die zentrale Bedeutung des Volks- und Wiesenfestes⁴⁴³ für das Stadt- bzw. Dorfgemeinschaftsleben hervorgehoben („ganz wichtiger Punkt im Ablauf des Jahres“; „trifft sich die ganze Stadt“). Nur durch aktive Vereine und ehrenamtliches Engagement der Bürger:innen ist es möglich, diese Veranstaltungen zu organisieren und durchzuführen

443 Auch in weiteren Gesprächen mit bayerischen Bürgermeister:innen ist davon die Rede: „unser Heimat- und Wiesenfest“; „Wiesenfest, also unser großes ähm Ortsfest“; „im Juli, unser Wiesenfest“.

ren. Ortsfeste und andere Veranstaltungen bilden aus Sicht der bayerischen Bürgermeister:innen einen wichtigen Indikator für ein gut ausgeprägtes kommunales Gemeinschaftsleben, das gleichzeitig durch das gemeinsame Feiern gestärkt wird. Über die Organisation von Festen hinaus bringen sich die Vereine und ehrenamtlichen Helfer:innen durch verschiedene Tätigkeiten sehr stark in die kommunale Gemeinschaft ein, etwa durch Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten:

BM: [...] wir haben ja Flüchtlinge in KOMMUNE auch gehabt, und hatten da relativ schnell einen / einen großen Helferkreis, der dann hier die Flüchtlinge unterstützt hat [...]

In einer bayerischen Gemeinde wird davon berichtet, dass ab 2015 Geflüchtete in der Kommune untergebracht waren. Mit großer Selbstverständlichkeit hat sich der Schilderung zufolge „relativ schnell“ ein großer Helferkreis zusammengefunden, um die Geflüchteten ehrenamtlich zu unterstützen. Es wird eine hohe Bereitschaft der Bürger:innen zum ehrenamtlichen Engagement hervorgehoben und die grundsätzliche Solidarität gegenüber geflüchteten Menschen unterstrichen. Darüber hinaus werden durch die ehrenamtliche Organisation von Veranstaltungen und die Unterstützung von Geflüchteten die kleinen Kommunalverwaltungen entlastet. So führen die örtlichen Vereine zum Teil auch eigenständige Projekte durch, etwa den Neubau eines Kunstrasenplatzes durch einen Sportverein:

BM: also wir / wir geben als Kommune einen / eine kleine Finanzspritze dazu, [...] der Sportverein übernimmt einen großen Teil, momentan läuft zum Beispiel auch eine Spendenaktion unter den Mitgliedern und in der Bevölkerung, also jeder kann da auch finanziell sich an / an dem Thema Kunstrasenplatz beteiligen [...]

Betont wird hier, dass bei dem Projekt der örtliche Sportverein selbst den „großen Teil“ der Baukosten in Eigeninitiative übernimmt. Auffällig ist das hohe Maß an ehrenamtlichem Engagement: So wird etwa durch den Verein eine Spendenaktion unter den Mitgliedern und den Bürger:innen veranstaltet, um das Projekt zu realisieren. Die Kommune ist dagegen lediglich mit einem kleinen finanziellen Beitrag in das Projekt involviert („kleine Finanzspritze“) und hält sich weitestgehend zurück. Durch das aktive und eigenverantwortliche Auftreten der ehrenamtlichen Mitglieder des örtlichen Sportvereins wird die hohe Bedeutung des Vereinslebens aufgezeigt, sowohl für die örtliche Gemeinschaft als auch für die kleine Kommunalverwaltung und den Haushalt der Kommune.

Auffällig ist, dass vor allem Bürgermeister:innen bayerischer Kommunen das Vereinswesen und das Engagement der Bürger:innen in der Gesprächssituation spontan ansprechen und von sich aus hervorheben. Anders verhält es sich in den sächsischen Kommunen: Hier wird das Vereinsleben von den Bürgermeister:innen nur selten erwähnt, das Thema ist in den Gesprächen lediglich eine Randnotiz und wird meist erst auf Nachfrage ausgeführt:

I: hm aber so, also jetzt (...) allgemein dann auch ein großes Vereinsleben dann, wenn Sie

BM: Vereinsleben ja, wir haben Sportvereine, wir haben Fußballvereine, wir haben Heimatvereine (...) das passt schon alles so noch, die Überalterung ist groß, das muss ich natürlich schon sagen, es gibt Vereine (...) Ü-70, Ü-80 und so, da fehlt noch bisschen das Engagement der jungen / jüngeren Leute [...]

In der betreffenden Gemeinde gibt es demnach grundsätzlich Vereine, etwa einen Sportverein, einen Fußballverein und einen Heimatverein. Die zurückhaltende Schilderung und die Aussage, dass es insgesamt „schon alles so noch“ passt („das passt“), lässt allerdings auf ein insgesamt weniger gut ausgeprägtes Vereinsleben schließen. Ergänzt wird dies durch die Feststellung, dass die Vereine der Kommune von Nachwuchssorgen betroffen sind. Die „Überalterung“ unter den Mitgliedern wird als „groß“ beschrieben, der Altersschnitt ist sehr hoch („Ü-70, Ü-80“), besonders das Engagement der jungen Bevölkerung fehlt. Die Darstellung bringt die Bemühung zum Ausdruck, die positiven Aspekte des Vereinsleben in der Kommune hervorzuheben. Aus der Schilderung kann jedoch abgeleitet werden, dass ein hoher Altersdurchschnitt, rückläufige Einwohner:innenzahlen und der demografische Wandel als Probleme für die Vereinsstruktur und die Kommune insgesamt angesehen werden. In sächsischen Kommunen wird das eher schwach ausgeprägte Vereinsleben dabei auf die historische Entwicklung zurückgeführt:

BM: [...] ich würde es mal ein gutes Angebot nennen, was wir haben, ist natürlich schon so, dass die (...) ähm zur DDR-Zeit das Vereinsleben natürlich keine große Rolle gespielt hat, ne, und diese 40 Jahre haben natürlich dann auch die Gesellschaft dann in / so ein bisschen geprägt, also das ist jetzt, glaube ich, nicht vergleichbar, ne unsere Partnerstadt [...] liegt in Baden-Württemberg, ähm wenn man sich dann austauscht, [...] also da sind schon wesentlich mehr Menschen engagiert [...]

Wird hier das Vereinsleben der Kommune als „gutes Angebot“ bezeichnet, lässt dies darauf schließen, dass es eine gewisse Anzahl an Vereinen vor Ort gibt. Aus direkter Erfahrung mit der Partnerstadt in einem westdeutschen Bundesland besteht aber auch die Ansicht, dass dort „wesentlich mehr“ Bürger:innen ehrenamtlich und in Vereinen engagiert sind als in der eigenen Kommune. Die Bedeutung des Vereinswesens und die Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement werden spontan an die historische Entwicklung des Bundeslandes gekoppelt. Insbesondere die „DDR-Zeit“ hat nach eigener Einschätzung ihre Spuren im Vereinsleben sächsischer Kommunen hinterlassen. Während der DDR waren die lokalen Betriebe maßgeblich für die Organisation und Strukturierung von Freizeitangeboten verantwortlich, daher mussten und müssen sich eigenständige Formen des ehrenamtlichen Engagements im Transformationsprozess seit 1990 neu etablieren.

6.2.4 Vorteile parteipolitischer Netzwerke

Von sächsischen Bürgermeister:innen wird qualitativ gespiegelt, dass sich örtliche Vereinsstrukturen auch nach über 30 Jahren Deutscher Einheit noch im Aufbau befinden – ähnlich verhält es sich mit parteipolitischen Strukturen. Es wurde bereits aufgezeigt, dass die Bedeutung politischer Parteien in der kommunalpolitischen Sphäre von allen Bürgermeister:innen als gering beschrieben wird (siehe Kap. 4.3.1). Diese Einschätzung bezieht sich allerdings auf den Einfluss politischer Parteien auf die Kommunalpolitik vor Ort. Bezogen auf den erweiterten Handlungsrahmen wird eine Parteimitgliedschaft von den bayerischen Bürgermeister:innen als vorteilhaft gesehen, da parteipolitische Netzwerke den Austausch mit den höheren politischen Ebenen erleichtern. Insbesondere die Zugehörigkeit zur langjährigen Regierungspartei CSU wird als vorteilhaft wahrgenommen:

BM: [...] ich bin bei der CSU, das ist ja eine staatstragende Partei in Bayern ähm dann kennt man auch sicherlich über die ganzen Kanäle sicherlich viele Leute [...]

Eine Mitgliedschaft in der CSU, die durch die langjährige Regierungstätigkeit in Bayern als „staatstragende Partei“ angesehen wird, bringt den Vorteil, dass über die Partei viele Kontaktmöglichkeiten zur Landes- und Bundespolitik bestehen. Bürgermeister:innen können über das Netzwerk der Partei unkompliziert in Austausch mit verschiedensten Personen in übergeordneten Entscheidungspositionen treten. Während die kommunal-

politische Bedeutung einer Parteimitgliedschaft als vernachlässigbar angesehen wird, gestehen die bayerischen Bürgermeister:innen bereitwillig ein, dass die Mitgliedschaft in einer der großen Parteien hilfreiche Kontakte zu den höheren politischen Ebenen eröffnet:

BM: CSU, ja, natürlich, also wenn / mit / man spricht hauptsächlich mit seinen Abgeordneten, die in der gleichen Partei sind, ist bei der CSU in Bayern ja auch praktischer (lacht) weil da kommt man viel schneller auch in Ministerien oder so voran, das ist ganz klar [...]

Insbesondere die Mitgliedschaft in der CSU wird als hilfreich und praktisch angesehen, die Stärke und die Dominanz der CSU in Bayern sorgt für gute Kontakte und bietet so entscheidende Vorteile. Die eigene Parteizugehörigkeit ermöglicht nach Einschätzung der Bürgermeister:innen verschiedenste Gesprächskanäle und Austauschmöglichkeiten in die höheren politischen Ebenen, vom Landkreis über den Regierungsbezirk bis auf Landes- und Bundesebene. Kommunale Belange oder Probleme können, basierend auf parteipolitischen Netzwerken, „viel schneller“ und effektiver an die zuständigen Stellen und Ministerien übermittelt werden. Qualitativ wird deutlich, dass politische Parteien mit den entsprechenden persönlichen Netzwerken und informellen Gesprächskanälen eine zentrale Verbindung zwischen den Kommunen und den höheren Ebenen bilden. Insbesondere eine CSU-Parteimitgliedschaft gewährleistet bayerischen Bürgermeister:innen den Austausch und die Anbindung an etablierte Strukturen („natürlich“; „das ist ganz klar“). Demgegenüber schätzen sächsische Bürgermeister:innen die Vorteile einer eigenen Parteizugehörigkeit als gering ein. Die sächsischen Gesprächspartner:innen reagieren auch auf explizite Nachfrage ausweichend:

I: okay ah ja (...) auch noch eine andere Sache, Sie sind ja auch in der / in der Partei

BM: ja ja // I: also CDU // ja ja (...)

Im Gespräch wird sichtbar, dass die eigene CDU-Mitgliedschaft von dem/der Bürgermeister:in aktiv heruntergespielt wird. Deutlich wird dies unter anderem durch eine sehr knappe Antwort („ja ja“) auf die konkrete Nachfrage am Ende des Gesprächs, der keine weitere Erörterung mehr folgt. Obwohl die CDU in Sachsen seit 1990 langjährige Regierungspartei ist, wird die eigene Mitgliedschaft in dieser Partei im Gespräch nicht hervorgehoben, ausführlicher erörtert oder als vorteilhaft beschrieben.

Aus der qualitativen Wahrnehmung der Bürgermeister:innen geht hervor, dass das Parteiensystem in Sachsen weniger etabliert und auch weniger hilfreich ist, als dies in Bayern beobachtet werden kann. Nach Ansicht eines/einer sächsischen SPD-Bürgermeister:in führt die eigene Parteimitgliedschaft nicht automatisch dazu, dass sich Kontakte in den entscheidenden Gremien auf Landes- und Bundesebene oder zu konkreten Abgeordneten aufbauen lassen:

BM: [...] vor Ort hat man dann gar nicht so viele (...) wenn man jetzt mal so diesen Raum hier betrachtet bei uns, hat man dann halt nur einen oder zwei, und wenn man da etwas durchsetzen möchte, und die sind nicht in den richtigen Gremien drin, dann wird es natürlich auch schwierig [...]

Nach eigener Einschätzung ist der Austausch oder die Anbindung über parteiinterne Netzwerke und Kanäle gering. Obwohl gewisse Kontakte bestehen, helfen diese nicht, die Arbeit als Bürgermeister:in zu erleichtern oder die Anliegen der Kommune und der gesamten Region zu transportieren. Zudem können keine konkreten Beschlüsse beeinflusst werden, wenn die bekannten Abgeordneten nicht in den entscheidenden Ausschüssen oder Gremien sitzen („schwierig“). Nach Einschätzung sächsischer Bürgermeister:innen hilft auch die eigene Parteimitgliedschaft nicht, informelle Netzwerke aufzubauen, die in die höheren politischen Ebenen hineinreichen. Dies gilt sowohl für den Bundestag als auch für den Landtag:

BM: [...] wir haben einen recht rührigen Landtagsabgeordneten, der bei uns im Nachbarort sitzt ähm und ähm wir dann über den versuchen und und und, der probiert auch alles [...]

Berichtet wird von einem umtriebigen und bemühten Abgeordneten des Landtages aus dem Nachbarort, der sich über die Parteigrenzen hinweg für die Kommunen der Region einsetzt. Über diesen persönlichen Kontakt wird zwar versucht, verschiedene kommunale Probleme in den Landtag zu transportieren. Die praktischen Ergebnisse werden allerdings als überschaubar beschrieben, denn obwohl der Abgeordnete sehr viel „probiert“, sind diese Bemühungen von geringem Erfolg gekrönt. Übereinstimmend zeigen sich die sächsischen Bürgermeister:innen skeptisch, dass politische Parteien vorteilhafte Kontakte oder Netzwerkstrukturen in die Landes- und Bundespolitik ermöglichen. Parteibasierten Kontakten oder einer eigenen Parteimitgliedschaft wird nur ein geringer praktischer Nutzen zugesprochen. Die Schilderungen der sächsischen Bürgermeister:innen lassen vor

allem die qualitative Bedeutung eines Parteiensystems erkennen, das im direkten Vergleich zu Bayern weit weniger etabliert und konsolidiert ist.

6.3 Zusammenfassung: Bürgermeister:innen in Sachsen und Bayern

Um das Sample an Bürgermeister:innen zu kontrollieren, wurden bei der Auswahl der Gesprächspartner:innen verschiedene Faktoren berücksichtigt (siehe Kap. 3.2.3). Über die Kategorie des kommunalen Handlungsrahmens wird erfasst und abgebildet, welche dieser Faktoren nach Wahrnehmung der Bürgermeister:innen besonders relevant sind. Deutlich zeigt sich hier, dass die jeweilige Amtsperiode sowie das Geschlecht in den Darstellungen der Bürgermeister:innen keine erkennbare Rolle spielen. Diese Faktoren werden in den spontanen Erzählungen nicht oder nur als Randnotiz angesprochen. Ebenso werden durch das kontrastierende Verfahren nach der GTM keine Unterschiede hinsichtlich der Amtsführung im Haupt- oder Ehrenamt erkennbar. In den untersuchten kleinen Kommunen sind zwischen den Wahrnehmungen der ehrenamtlichen Bürgermeister:innen, den „unbekannte[n] Wesen“⁴⁴⁴ kommunaler Politik, und ihren hauptamtlichen Kolleg:innen keine nennenswerten qualitativen Differenzen feststellbar.

In Bezug auf die Untersuchungsregion zeigt sich übereinstimmend, dass alle Bürgermeister:innen im sächsisch-bayerischen Grenzgebiet die regionale Strukturschwäche als Problem wahrnehmen. Der Zusammenbruch ganzer Industriezweige und der damit verbundene Bevölkerungsrückgang werden als andauernde Belastungen für die kleinen Kommunen empfunden. Im Zusammenhang mit der Strukturschwäche verfügen die kommunalen Haushalte nur über geringe Gewerbesteuereinnahmen und insgesamt begrenzte finanzielle Mittel. Aufgrund der angespannten Haushaltslage berichten alle Bürgermeister:innen von einer hohen Abhängigkeit von Fördermitteln.

Allerdings zeigen die Gespräche, dass in der qualitativen Wahrnehmung gewisse Unterschiede zwischen bayerischen und sächsischen Bürgermeister:innen bestehen. Im direkten Vergleich wird deutlich, dass die strukturel-

444 Bogumil et al. (2024); vgl. Süß et al. (2022). Von den 19 untersuchten Bürgermeister:innen sind fünf ehrenamtlich tätig, drei in Bayern und zwei in Sachsen. In den Kommunalordnungen Sachsens und Bayerns sind hauptamtliche Bürgermeister:innen erst ab einer Ortsgröße von 5.000 EW vorgeschrieben (vgl. Bertelsmann Stiftung et al. 2008, S. 12ff.). In den untersuchten Kommunen wird somit aktiv von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Hauptamtlichkeit per Hauptsatzung selbstständig festzulegen.

len Bedingungen von sächsischen Protagonist:innen als ungünstiger und schwieriger eingeschätzt werden als von ihren bayerischen Kolleg:innen. Insbesondere können die sächsischen Bürgermeister:innen auf weniger effektive landesspezifische Fördermittel zurückgreifen, als sie in Bayern mit der „Förderoffensive Nordostbayern“ zur Verfügung stehen. Außerdem wird deutlich, dass die strukturellen Probleme, welche die Kommunen zunächst unabhängig vom Bundesland betreffen, in Sachsen durch DDR-Altlasten weiter verstärkt werden. Zudem sind Vereinsstrukturen und ehrenamtliches Engagement in den sächsischen Gemeinden weniger gut ausgeprägt und in der Lage, die Kommunalverwaltungen zu entlasten. Weiter fehlen in Sachsen parteipolitische Strukturen und Netzwerke, die informelle Kontakte in die Landes- und Bundespolitik ermöglichen (siehe Abb. 23).

Abbildung 23: Kommunalen Handlungsrahmen

	Sachsen	Bayern
Kommune in strukturschwacher Region		
Belastung durch Strukturschwäche	hoch	
Kommunale Haushaltslage	angespannt	
Abhängigkeit von Fördermitteln	hoch	
Bundeslandspezifische Merkmale		
Bewertung landesspezifischer Fördermittel	nicht gut	gut bis sehr gut
Wirkung der DDR-„Altlasten“	mittel bis hoch	–
Bedeutung von Vereinen und Ehrenamt	gering bis mittel	hoch bis sehr hoch
Vorteile parteipolitischer Netzwerke	gering bis mittel	hoch bis sehr hoch

Eigene Darstellung

Durch das vorliegende Sample kann gezeigt werden, dass die neun sächsischen Bürgermeister:innen größere Herausforderungen wahrnehmen als ihre zehn bayerischen Kolleg:innen. Deutlich wird auch, dass die Vorteile einer eigenen Parteizugehörigkeit verstärkt in Bayern wahrgenommen werden, hier verfügen im erhobenen Sample auch durchschnittlich mehr Bürgermeister:innen über ein Parteibuch.⁴⁴⁵ Der qualitative Vergleich

445 Im Sample verfügen neun von zehn bayerischen Gesprächspartner:innen über eine Parteimitgliedschaft (fünf CSU, drei SPD, einer/eine Freie Wähler, einer/eine parteilos), während die sächsischen Kolleg:innen größtenteils parteilos sind (sechs parteilos, zwei SPD, einer/eine CDU). In Bayern gehören fünf Gesprächspartner:innen der CSU an, sie sind somit Mitglieder der Partei, die auf Landebene seit den

macht deutlich, dass sächsische Bürgermeister:innen mit schwierigeren Rahmenbedingungen zu kämpfen haben als ihre bayerischen Kolleg:innen. Zudem ist die Stimmung unter sächsischen Gesprächspartner:innen insgesamt pessimistischer – und auch die Erwartungen werden etwas weniger oft als erfüllt angesehen. So zeigt der Abgleich zwischen der Zugehörigkeit zum Bundesland und den identifizierten Erwartungserfüllungen (siehe Kap. 5.4), dass sieben Bürgermeister:innen eine nicht-erfüllte Rollenerwartung aufweisen („ohnmächtig“ und „eingeschränkt“), darunter fünf aus Sachsen und zwei aus Bayern (siehe Abb. 24).

Abbildung 24: Erwartungserfüllung nach Bundesland

	Erwartungen erfüllt	BMs zugeordnet		
		Gesamt	Bundesland	
			Sachsen	Bayern
Erfolgreich	Ja	4	2	2
Ohnmächtig	Nein	4	3	1
Autark	Ja	4	0	4
Eingeschränkt	Nein	3	2	1
Innovativ	Ja	4	2	2

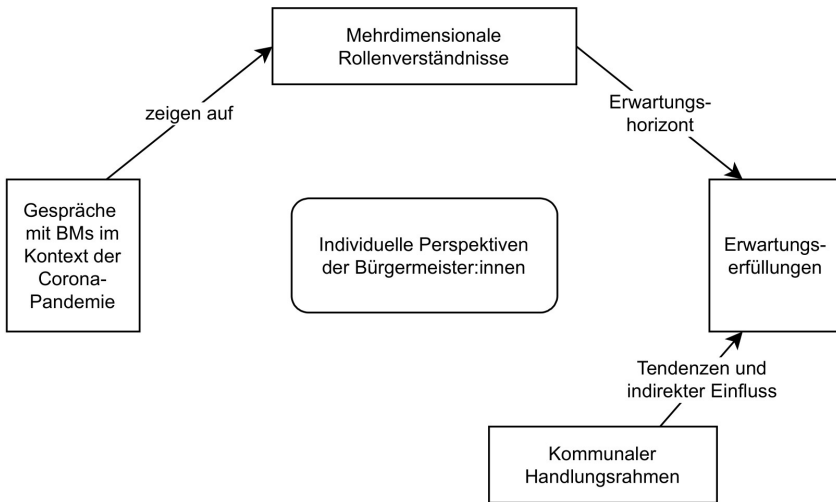
Eigene Darstellung

Die qualitative Analyse verdeutlicht jedoch, dass trotz gewisser Tendenzen keine eindeutigen Zusammenhänge bestehen: Der kommunale Handlungsrahmen des jeweiligen Bundeslandes determiniert nicht die Erwartungserfüllung. Empirisch wird ein eindeutiger Zusammenhang vor allem durch die Tatsache widerlegt, dass sich auch bayerische Bürgermeister:innen „ohnmächtig“ und „eingeschränkt“ sehen. Die etwas besseren Rahmenbedingungen in Bayern sorgen nicht automatisch für wahrgenommene Erwartungserfüllungen unter den Bürgermeister:innen. Die vergleichende Analyse im Sinne der Grounded-Theory-Methodologie zeigt, dass die individuell wahrgenommene Erwartungserfüllung grundsätzlich unabhängig vom jeweiligen Bundesland ist. Allerdings können durch die qualitative

1950er Jahren durchgehend den Ministerpräsidenten stellt und somit konstanten Einfluss besitzt und ausübt. Die Freien Wähler waren zum Zeitpunkt der Gespräche als Fraktion im bayerischen Landtag vertreten und in Koalition mit der CSU an der Regierung beteiligt. In Sachsen regierte zum Zeitpunkt der Gespräche eine Koalition aus CDU, Grünen und SPD unter Führung der CDU.

Analyse die vorhandenen Tendenzen und indirekte Einflüsse herausgearbeitet, verstanden und nachvollzogen werden. Nach der GTM⁴⁴⁶ übt der wahrgenommene kommunale Handlungsrahmen keinen direkten Einfluss darauf aus, ob die Erwartungen erfüllt werden können oder nicht. Die Identifikation von Tendenzen und indirekten Einflüssen trägt allerdings zum besseren Verständnis der individuellen Perspektiven der Bürgermeister:innen bei (siehe Abb. 25).

Abbildung 25: Analysemodell Schritt III – kommunaler Handlungsrahmen



Eigene Darstellung

Der wahrgenommene kommunale Handlungsrahmen prägt die Erwartungserfüllung indirekt und zeigt Tendenzen auf: Die Herausforderungen der kleinen Kommunen in strukturschwachen Regionen werden in Sachsen verschärft und erschweren die Erwartungserfüllung. Qualitativ kann rekonstruiert werden, dass besonders die als mangelhaft wahrgenommenen landesspezifischen Fördermittel und fehlende parteipolitische Netzwerke das Gefühl der Handlungsunfähigkeit bestärken und „Ohnmacht“ begünstigen. Ebenso kann nachvollzogen werden, dass Defizite im Vereinswesen und im ehrenamtlichen Engagement vor allem die Ansprüche des „Kümmerns“ untergraben und mit wahrgenommenen „Einschränkungen“ ein-

446 Vgl. Strübing (2021), S. 27.

6. Kommunalen Handlungsrahmen

hergehen. Um die individuellen Perspektiven der Bürgermeister:innen weiter nachvollziehen zu können, wird im nächsten Analyseschritt nochmals auf den Kontext der Corona-Pandemie eingegangen.